restlose Amnestie für die Räterepublikaner, die Justizopfer des Kapp-Putsches und des mitteldeutschen Aufstandes!

In kräftlicher Gleichgültigkeit hat der ADGB. die Forderung des II. Gewerkschaftskongresses in Leipzig hintergangen. Der Kongreß forderte, daß der ADGB. und die Fachgewerkschaften mit allen Mitteln eine Amnestie erzwingen sollen. Drei Jahre sind seit diesem Beschluß vergangen. Was hat der ADGB. getan? Nichts! Auch rein gar nichts! Die Arbeiterschaft muß in den Betrieben, Gewerkschaften und in den Betriebsrätevollversammlungen den ADGB. wegen dieser Sabotage an einer der wichtigsten Forderungen des Proletariats zur Rechenschaft ziehen!

Die SPD., die in ihrem Zentralorgan, dem „Vorwärts", in spaltenlangen Artikeln den Kampf für die Freilassung der Warmat und Co. führte, macht auch nicht einen Finger krumm, um auch nur eine Zeile für die Freilassung der proletarischen, politischen Gefangenen zu schreiben! Der „Vorwärts" fällt vielmehr dem Amnestiekampf der KPD. und der „Roten Hilfe" in den Rücken. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Otto Braun in Preußen hat kein Interesse für eine allgemeine Reichsamnestie, wie er selbst bestätigte, und lehnt es ab, im preußischen Parlament ein Amnestiegesetz einzubringen. Er verschanzt sich hinter die Weimarer Koalitionsparteien, die drauf und dran sind, vor den Deutschnationalen zu kapitulieren.

Einzig und allein an der Kraft und dem entschlossenen Willen der Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften liegt es, daß schnellstens mit der Sabotage der Amnestie Schluß gemacht wird!

Für die Forderung des Offenen Briefes nach Freilassung der politischen Gefangenen müssen allerorts die breiten Massen mobilisiert werden! Lokal und zentral müssen gemeinsame Aktionen der Gewerkschaften in Verbindung mit den Betriebsräten, der „Roten Hilfe", der SPD. und der KPD. für die schnellste Verwirklichung einer Generalamnestie eingeleitet und durchgeführt werden!

Die Arbeiterschaft muß den ADGB. und die SPD. unter Druck setzen, wenn sie sich dieser elementaren Forderung weiter widersetzen!

Aus den Betrieben und Gewerkschaften müssen Delegationen zu der Reichs- und den Länderregierungen entsandt werden! Der Kampf für die Amnestie darf nicht erlahmen! Er muß mit der größten Entschlossenheit geführt werden! In jedem Gemeindeparlament, in jeder Betriebs-, Gewerkschafts- und öffentlichen Versammlung muß der Ruf nach der Amnestie widerhallen!

Die Zentrale der Kommunistischen Partei hat öffentlich die SPD. und den ADGB. zum gemeinsamen Kampf für die Freilassung der politischen Gefangenen aufgefordert. Will die SPD. und der ADGB. das Odium, Wegbereiter der Monarchie und Befürworter der deutschen Blutjustiz zu sein, von sich abladen, dann sollen sie mit uns gemeinsam handeln!

Hic rhodus! Hic salta!

Einheitsfront gegen die Monarchisten

Hamburg, 3. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Hakenkreuzler planen am 7. Juni in einigen Vororten Hamburgs einen schwarz-weiß-roten Rummel. Der Arbeiterschaft hat sich über diese freche Provokation eine ungeheure Empörung bemächtigt. Der Rote Frontkämpferbund hat sich in einem „Offenen Brief" an die Arbeiter im Reichsbanner gewandt, am 7. Juni gemeinsame Gegendemonstrationen zu veranstalten. — Dieser „Offene Brief" des RFB. hat im Reichsbanner eine lebhafte Diskussion hervorgerufen. Trotz der Sabotage und der infamen Kommunistenhetze der Bonzen haben bereits zwei Abteilungen des Reichsbanners beschlossen, in voller Uniform, gemeinsam mit dem RFB., gegen die Hakenkreuzler zu marschieren.

Verhaftung von Streikposten durch einen Sozialdemokraten

Berlin, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.) **Im Streik der Omnibusangestellten geht die Polizei des Sozialdemokraten Grzesinski zu Verhaftungen von Streikposten über.**

Furchtbare Bilanz der Klassenjustiz

3 Todesurteile — 4300 Jahre Zuchthaus und Gefängnis — 8600 politische Gefangene

Dem ersten Reichskongreß der „Roten Hilfe" Deutschlands lag eine gedruckte Statistik vor, die vom Oktober 1924 bis April 1925 genaueste Einzelaufstellungen über die Zahl der Prozesse, der Angeklagten, der Verurteilten, Festungs-, Gefängnis- und Zuchthausstrafen sowie der Geldstrafen bringt. Die Gesamtaufstellung über die Justiz gegen die Arbeiterklasse (1. Jan. 1924 bis 31. April 1925) ergibt, daß in 16 Monaten die deutschen Klassenrichter eine fürchterliche Arbeit geleistet haben. Die Gesamtzahlen für diese 16 Monate sind:

981 Prozesse,
7 000 Angeklagte,
5 786 Verurteilte,
959 Jahre, 8 Monate Festung,
969 Jahre, 1 Monat Zuchthaus,
2 255 Jahre, 4 Monate Gefängnis,
233 261 Mark Geldstrafen.

Es wurden also insgesamt 5768 Arbeiter zu 4184 Jahren und einem Monat Kerker verurteilt. Darin sind nicht enthalten die Jahre der Untersuchungshaft, nicht enthalten die Torturen und erzwungenen Selbstmorde, nicht enthalten die Zahl derer, die noch aus der Zeit vor dem 1. Januar 1924 hinter den Mauern siechen. Und nicht enthalten ist das fürchterliche Urteil vom „Tscheka-Prozeß": gegen 16 Angeklagte drei Todesurteile, 71 Jahre vier Monate Gefängnis und 5500 Mark Geldstrafe.

Die Zahl derer, die wegen politischer „Delikte" hinter den republikanischen Gittern liegen, hat jetzt laut Mitteilung des Rechtsanwalts Dr. Seckel 8000 überschritten.

Diese Statistik wird ergänzt durch die Aufstellung der Fälle, in denen die Juristische Zentralstelle der kommunistischen Reichstags- und Landtagsfraktion Rechtsschutz erteilen mußte. Vom Januar 1924 bis zum April 1925 geschah das in insgesamt 19 349 Fällen.

Die grauenhafte Statistik muß für alle Proletarier ein Ansporn sein, mit verdoppelter Kraft für die Freilassung der politischen Gefangenen zu kämpfen!

Englisch-amerikanische Offensive in China

Wir brachten vor kurzem die Meldung von einer **Aktion Tschangtsolins gegen Peking.** Danach sollen seine Truppen bereits vor den Toren der chinesischen Hauptstadt stehen und alle Vorbereitungen getroffen haben, um die Stadt zu besetzen.

Inwieweit die Einzelheiten dieser Meldung zutreffen oder nicht, können wir augenblicklich nicht nachprüfen. Das eine scheint jedenfalls festzustehen, daß in China eine groß angelegte Aktion einerseits gegen den General Feng, den augenblicklichen Beherrscher von Peking, und anderseits gegen die nationalrevolutionäre Gomindang-Partei im Gange ist.

Hinter dieser Aktion steckt der englisch-amerikanische Imperialismus, der den General Tschangtsolin für sich zu gewinnen (d. h. ihn zu kaufen) verstand. Man versteht diese Ereignisse erst richtig, wenn man noch einen anderen Schauplatz betrachtet und sieht, was sich dort abspielt.

Tschangtsolin sucht einen Konflikt mit Sowjetrußland — das ist, kurz gesagt, das, was in der Mandschurei — dem Machtbereich Tschangtsolins — vor sich geht. Der Direktor der ostchinesischen Eisenbahn, Genosse Iwanow, hat eine Anzahl Beamte dieser Bahn entlassen. Es handelt sich um ein paar hundert Leute von insgesamt 17 000 Angestellten. Die Entlassenen sind durchweg monarchistische Weißgardisten, die zur Zeit der Interventionskriege die Ostchinesische Bahn beherrschten. Der Vorsitzende des Verwaltungsrates der Eisenbahn, Pao-hui-tjin, ein Untergebener Tschangtsolins, hat die Verfügung des Direktors Iwanow über die Entlassungen aufgehoben, **er schützt also die monarchistischen Weißgardisten.** Dieses Vorgehen ist ein flagranter Bruch des russisch-chinesischen Abkommens und eine offenkundige **Brüskierung Sowjetrußlands.**

Genosse Karachan, der Botschafter der Sowjetunion in Peking, hat bei der Pekinger Regierung schärfsten Protest dagegen eingelegt. Es ist klar, daß Tschangtsolin im Einvernehmen und im Auftrag des englisch-amerikanischen Kapitals arbeitet, das bemüht ist, auch in China eine Front gegen Sowjetrußland aufzurichten.

Die nationalrevolutionäre Freiheitsbewegung erstarkt, wie der erbitterte Kampf in Schanghai beweist. Die gegen den Imperialismus kämpfenden Chinesen wissen, daß ihr treuester Freund die Union der Sowjetrepubliken ist.

Imperialistischer Vorstoß gegen Sowjetrußland in China

Moskau, 3. Juni. (Eig. Drahtbericht.) **In Moskau ist man der Ansicht, daß Tschang tso lin sich von den ausländischen Imperialisten habe kaufen lassen um die Summe von 20 Millionen Dollar. Tschang tso lin habe sich dafür verpflichtet, die Russen aus der Mandschurei zu vertreiben. In der Tat macht er seit längerer Zeit den Versuch, die Konflikte mit Rußland, die er wegen der ostchinesischen Bahn anzettelte, auf die Spitze zu treiben. Ein Vorstoß Tschang tso lins auf die ostchinesische Bahn könnte unter keinen Umständen von Rußland unerwidert hingenommen werden.**

Planmäßige Hetze gegen Sowjetrußland

London, 3. Juni. Einer Meldung des „Star" aus Schanghai zufolge ist der Aufruhr gegen die Fremden, insbesondere die Engländer und Japaner, der, wie es heißt, **auf bolschewistische Propaganda zurückzuführen sei,** in Schanghai ernster geworden. Kundgebungen seien in Peking, Kanton, Tsingtau und Mukden veranstaltet worden. Die Ausländer in Schanghai seien mobilisiert und mit Revolvern und Selbstverteidigung versehen. Die Polizei habe Befehl erhalten, alle Unruhestifter niederzuschießen.

Die Aufstandsbewegung in China

WTB. meldet: **Schanghai**, 3. Juni. **In den Straßen sind Aufrufe angeschlagen, in denen zum allgemeinen Aufstand und Austreibung aller Fremden aufgefordert wird. Die Beamten in den Fremdenvierteln gaben dem Vertrauen Ausdruck, daß sie Herr der Lage bleiben könnten, gaben allerdings zu, daß die Aussichten ernster seien als je zuvor.**

*

Peking, 3. Juni. **Die Studenten haben Versammlungen abgehalten, in denen u. a. die Abberufung und Bestrafung des britischen Konsuls in Schanghai, die Verurteilung derjenigen Polizeibeamten, die während der Unruhen in Schanghai auf Studenten geschossen haben, zum Tode, Entschädigung für die Verwandten der Getöteten, Entschuldigung der britischen Regierung und Zurückerstattung der Konzessionen gefordert wurden. Es wurde auch verlangt, daß alle wirtschaftlichen Beziehungen mit Großbritannien gelöst, die Einlagen bei britischen und japanischen Banken zurückgezogen, daß keine britischen und japanischen Banknoten abgenommen und an britische und japanische Untertanen keine Lebensmittel verkauft werden sollten, sowie daß chinesische Angestellte ihre Stellungen bei britischen oder japanischen Arbeitgebern aufgeben sollten.**

Die kommende Einheitsfront von Hergt bis Braun in Preußen

Berlin, 4. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Dem Zentrum und den Sozialdemokraten ist es außerordentlich unangenehm, daß ihre Pläne zur Bildung der Volksgemeinschaft in Preußen von den Kommunisten vor der Arbeiterschaft entlarvt worden sind. Die Herrschaften wollten durch einen stillen Kuhhandel hinter den Kulissen die Arbeiterklasse einfach vor vollendete Tatsachen stellen. Dieser famose Plan ist von den Kommunisten zerstreut worden. Um die Oeffentlichkeit irre zu führen, verbreitete das Zentrum eine Meldung, wonach die nächste Sitzung der preußischen Landtagsfraktion des Zentrums auf Montag nächster Woche angesetzt worden sei. Alle Gerüchte über Versuche einer Regierungsumbildung in Preußen erledigten sich deshalb — bis dahin (!) von selbst. Was die Meldung verschleiern möchte, spricht sie gerade aus. Es wird zugegeben, daß die Regierungsumbildung im Gange ist und daß voraussichtlich schon in der angekündigten Sitzung der preußischen Zentrumsfraktion jetzt schon Beschlüsse gefaßt werden.

Das bevorstehende **Bündnis der Sozialdemokraten mit den Deutschnationalen,** die Einheitsfront von Hergt bis Braun, ist eine Wendung in der Politik der Sozialdemokratie, die dem Zusammenbruch, dem Bankerott der sozialdemokratischen Parteipolitik vom 4. August 1914 um nichts nachsteht. Grundsätzlich hat sich die Sozialdemokratie längst für die Möglichkeit einer solchen Politik entschieden.

Vor neuen Lohnkämpfen

Krefeld, 4. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die Arbeiter der Seidenindustrie haben die Lohntarife gekündigt. Sie fordern Lohnerhöhung von 10 bis 15 Prozent.

Lohnkampf der Kölner Metallarbeiter

Köln, 4. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die Metallarbeiter haben die bestehenden Lohntarife gekündigt, um neue Lohnerhöhungen zu erreichen. Die Unternehmer verhalten sich ablehnend.

Lohnstreik der süddeutschen Bauarbeiter

Stuttgart, 3. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In Stuttgart und Heilbronn haben die Bauarbeiter in überfüllten Versammlungen mit erdrückender Mehrheit den Streik beschlossen. Es handelt sich um Lohnforderungen, die in den anderen Bezirken Deutschlands von den Bauarbeitern ebenfalls erhoben sind. Es kommen für Heilbronn allein 4000 Bauarbeiter in Frage.

Holzarbeiteraussperrung in Hamburg

Hamburg, 4. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Nachdem bereits 400 Holzarbeiter im Teilstreik standen, haben jetzt die Unternehmer die gesamte Holzarbeiterschaft — 3000 Arbeiter — ausgesperrt. Die Ausgesperrten fordern: 1. Erhöhung der Stundenlöhne von 87 auf 110 Pf., 2. restlose Wiedereinstellung der Streikenden und Ausgesperrten, 3. Entlassung aller Streikbrecher.

Metallarbeiterstreik in Belgien

Brüssel, 3. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die Metallarbeiter von Charleroi sind in den Aufstand getreten. Die Bewegung nimmt an Umfang zu.

Englisch-französische Einigung gegen Sowjetrußland

London, 3. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die „Times" stellt fest, daß die Einigung zwischen England und Frankreich auf einer breiteren Basis, als wie sie Frankreich vorgesehen hatte, zustande kam. Die Einigung betrifft den Sicherheitspakt, die Schuldenfrage und das russische Problem. Herriot hatte Rußland die Zurückgabe der Wrangelflotte versprochen. Davon wird nicht mehr die Rede sein. Aus dem Rußland-Komitee trat deshalb der Senator de Monzie zurück, an Stelle dieses Russophilen trat der ausgesprochene Feind Rußlands, Dalbiez. Die „Times" erwägen das Verschwinden des Kabinetts Painlevé-Briand. Poincaré ist nach diesem Artikel wieder der kommende Mann in Frankreich. Auch er ist mit der englischen Politik, wie die „Times" sie darstellen, einverstanden.

Revolutionäre Bewegung in Albanien

Belgrad, 3. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In Albanien ist eine neue national-revolutionäre Bewegung ausgebrochen. Die Regierung sucht sich durch Terrormaßnahmen und zahllose Hinrichtungen am Ruder zu halten. Eingehendere Nachrichten liegen noch nicht vor.

Neue Niederlage der Franzosen in Marokko

Paris, 3. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Im Rif ist eine schwere Schlacht im Gange zwischen Franzosen und Marokkanern, die nach den Meldungen für die Franzosen nicht günstig steht. Die französischen Truppen befinden sich im Rückzug. In Marseille wurden angeblich zwei Kommunistinnen verhaftet, die sich nach Marokko begeben wollten, um kommunistische Propaganda zu treiben. Die französische Militärzensur hat alle arabischen Zeitungen unterdrückt.

Kriegsrüstungen gegen Sowjetrußland

Reval, 3. Juni. (Eig. Drahtbericht.) In Reval wurden zwei polnische Kanonenboote „auf Besuch" erwartet. Die Kriegshetze gegen Rußland ist im Gange. Aus Genf wird hierher gemeldet, daß die internationale Waffenhandels-Konferenz die fünf baltischen Staaten von der Verpflichtung entbunden habe, sich einer Völkerbundskontrolle zu unterziehen hinsichtlich Ein- und Ausfuhr von Waffen und Herstellung derselben. Die Kriegsrüstungen dieser Randstaaten gegen Rußland sollen also geheim bleiben. Litauen, das das gleiche Recht verlangte, erhielt diese Befreiung von der Kontrolle nicht, weil es als rußlandfreundlich verdächtigt ist.

Verhindert neue Todesurteile

Sofia, 3. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In dem großen Prozeß gegen die kommunistischen „Verschwörer" haben sich vor dem Kriegsgericht in Schumen 482 Personen zu verantworten. Der Staatsanwalt hat gegen 63 Personen Todesstrafe beantragt. Das Gericht hat ein Urteil noch nicht gefällt.

Der weiße Terror wütet

Belgrad, 3. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Sofia ist von der Außenwelt völlig abgesperrt. Weiße Patrouillen durchziehen die Stadt. Alle Geschäfte sind geschlossen. Zeitungen erscheinen keine. Es sollen alle Häuser in ganz Sofia durchsucht werden, angeblich weil ein neues Attentat auf den König Boris geplant sei.

Auf der Flucht erschossen . . !

Wien, 3. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Wie aus Sofia gemeldet wird, wurden die zwei früheren Minister im Kabinett Stambulinski Peter Janeff und Alexander Potoff von der Polizei Zankoffs angeblich auf der Flucht erschossen. Janeff war früher Finanzminister, Potoff Vize-Ministerpräsident. Diese neuen Morde haben in Bulgarien ungeheures Aufsehen erregt, da die beiden erschossenen Minister sehr beliebt waren.